

Flüchtlinge im Arbeitsmarkt: Integration besser als vorhergesagt!

Die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt ist auf einem guten Weg. Zu diesem Ergebnis kommt die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz. Aus den Hauptherkunftsländern der Asylantragssteller sind demnach mittlerweile 399.000 beschäftigt, davon 324.000 sozialversicherungspflichtig. Mehr als die Hälfte der Geflüchteten mit festem Job seien inzwischen als Fachkräfte tätig, sagte Widmann-Mauz. "Gleichzeitig bilden immer mehr Betriebe Geflüchtete aus." Zu den Hauptherkunftsländern zählen Syrien, die Türkei, der Irak, Afghanistan und Iran.
(Zitat nach <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/migration-arbeitsmarkt-101.html>, dort auch weiterführende Informationen)

Nachholbedarf sieht Annette Widmann-Mauz bei Frauen, die nur einen Anteil von 13% an den beschäftigten Flüchtlingen ausmachen. An der Qualifikation liegt es nicht. Sie haben durchaus mit Männern vergleichbare Bildungsabschlüsse. Die Integrationsbeauftragte fordert mehr Teilzeitarbeitsplätze, um Frauen mit Kindern eine Chance zu geben.

Flüchtlingsinitiativen hätten noch einen weiteren Tipp: Die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder müssen verbessert werden! Häufig werden Frauen z. B. vom Besuch von Deutschkursen ausgeschlossen, weil es keine Kinderbetreuung gibt und die Männer einem Job nachgehen. Wer nicht gut genug Deutsch kann, wird auch auf dem Arbeitsmarkt nicht Fuß fassen.

Die Integrationsbeauftragte beklagt außerdem, dass noch zu viele Geflüchtete in Helfer-Tätigkeiten stecken bleiben. Sie müssten die Möglichkeit zur Weiterqualifikation bekommen. Hier lohnt ein Blick auf die hessische Abschiebep Praxis. Viele junge Leute befinden sich in der Ausbildung als Pflegehelfer*innen. Danach besteht die Möglichkeit, sich auf den Feldern der Alten- und Krankenpflege zur Fachkraft weiterbilden zu lassen. Dem haben in den letzten Jahren das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und die hessische Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) häufig einen Riegel vorgeschoben, indem sie solche Menschen einfach abgeschoben haben. Bestes Beispiel ist ein angehender Marburger Krankenpfleger. Er ist nur deshalb noch in Marburg, weil die Jugend- und Auszubildendenvertretung des Universitätsklinikums eine große [Solidaritätsaktion](#) für ihn auf den Weg gebracht hat. Die [Oberhessische Presse](#) hat ausführlich über den Fall berichtet. Andere hatten nicht so viel Glück. Sie sind längst abgeschoben und können ihre Fähigkeiten nicht mehr in den Dienst der Allgemeinheit stellen.

Vielleicht kann ja Frau Widmann-Mauz an ihrem Dienstsitz, dem Bundeskanzleramt, einfach in die Berliner U-Bahn steigen. Sie muss nur eine Station bis zum Hauptbahnhof fahren. Von dort sind es wenige Meter zum Dienstsitz des Bundesinnenministers Horst Seehofer. Sie könnte dort ihre Argumente persönlich vortragen. Vielleicht fallen sie ja auf fruchtbaren Boden.